

Metaller-Protest gegen Sparpläne

Gewerkschaft macht gegen Vorhaben der Bundesregierung mobil – Arbeitsniederlegung bei Getrag

Rosenberg. (bg) Gegen die Sparpolitik der Bundesregierung haben gestern Mittag rund 200 Beschäftigte der Firma Getrag in Rosenberg protestiert. Fast die komplette Frühschicht legte für eine Stunde die Arbeit nieder und beteiligte sich an einer landesweiten Aktion der IG Metall, die von der Politik einen „deutlichen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit“ fordert. In den nächsten Tagen sollen weitere Protestaktionen in Betrieben in der Region Odenwald/Tauber folgen.

Die Gewerkschaft will in diesem Herbst massiv mobil machen gegen den Sparkurs der Bundesregierung: „Sie steuert in die falsche Richtung“, warnte der Erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, Gerd Koch, gestern bei der Protestaktion in Rosenberg vor rund 200 Getrag-Beschäftigten und rief zu einem „Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit“ auf.

Ob Rente mit 67, Kopfpauschale im Gesundheitswesen oder Neuregulierung der Leiharbeit – vielfach wolle die Politik die Arbeitnehmer belasten und ihnen das Geld aus der Tasche ziehen. Dem werde die IG Metall nicht tatenlos zusehen.

Kaum schein die Wirtschaftskrise überwunden, falle der schwarz-gelben Koalition in Berlin nicht besseres ein, als den Menschen ein gewaltiges Sparpaket aufbürden, stellte Koch fest und verlangte, dass zuerst „diejenigen zahlen, die uns den Schlamassel eingebrockt und die Krise verursacht haben.“

Wie Koch wertete auch der Getrag-Betriebsratsvorsitzende Lothar Harlacher unter anderem die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 als gesellschaftspolitischen Skandal. Weil viele Beschäftigten aus gesundheitlichen Gründen gar nicht so lange arbeiten könnten, bedeute „Rente 67“ letztlich eine Rentenkürzung.

Dies sei ebenso wenig akzeptabel wie Niedriglöhne, die zum Lebensunterhalt nicht ausreichten. Zugleich forderte Harlacher mit Blick auf die nach Feststellung der IG Metall stark gesunkenen Zahl der Ausbildungsplätze bessere Perspektiven für die Jugend.

Wie überall in Baden-Württemberg will die IG Metall auch in Betrieben in den Kreisen Neckar-Odenwald und Main-Tauber in den nächsten Tagen weitere Informationsveranstaltungen und Protestaktionen gegen die Berliner Sparpläne durchführen.

Mit Abstimmungskarten, die von der Gewerkschaft bereits zu Tausenden verteilt wurden und die am 13. November im Rahmen einer Großkundgebung in Stuttgart an die Kanzlerin geschickt werden sollen, wollen die Metaller ihren Unmut über das Sparpaket verdeutlichen. Ihm werde die „Annahme verweigert“.